

Tag der Aussenpolitik: Werte und Wirtschaft in den Beziehungen zu China

Von *Christoph Wehrli*

In der Chinapolitik verdeutlicht sich die Spannung zwischen Wirtschaftsinteressen und freiheitlichen Werten der Schweiz. Eine stärkere Gewichtung der Menschenrechte würde nicht zuletzt eine engere Abstimmung mit der Europäischen Union verlangen.

Die Hoffnung auf «Wandel durch Handel» hat sich im Fall Chinas nach einiger Zeit als falsch erwiesen, sofern es um einen Wandel zu Demokratie und Menschenrechten geht. Besonders seit Bekanntwerden der systematischen und brutalen Unterdrückungsmassnahmen gegen die Uiguren wird im Westen intensiver darüber nachgedacht, welche Grenzen in der Kooperation zu ziehen seien. Die von Markus Mugglin moderierte China-Diskussion am Tag der Aussenpolitik entsprach daher einem dringenden Bedürfnis. Sie konnte auch auf die im März publizierte Strategie des Bundesrats Bezug nehmen, in der die Lage recht ungeschminkt dargestellt, aber keine grundsätzliche Kursänderung angekündigt wird.

Priorität für Menschenrechte?

Die grüne Genfer Ständerätin Lisa Mazzone, Präsidentin der Gesellschaft für bedrohte Völker, sieht im «Bild des Schreckens», das die repressive Politik Pekings namentlich in Xinjiang zeigt, einen eindeutigen Grund, die schweizerische Chinapolitik zu überdenken. Es gelte, aus der Feststellung des Problems auch Konsequenzen zu ziehen, Farbe zu bekennen und den Menschenrechten Vorrang zu geben. Der Menschenrechtsdialog habe keine Resultate gebracht. Es genüge auch nicht, zum Beispiel bei Produkten aus Zwangsarbeit auf freiwillige Vorkehrungen der Schweizer Unternehmen zu setzen. Vielmehr sollte das Freihandelsabkommen (FHA) neu ausgehandelt und sollten auch Sanktionen infrage kommen. Mazzone plädierte zudem für eine Regelung im Sinn des in der EU geplanten Lieferkettengesetzes, das die Verantwortung der Unternehmen für Menschenrechte und Umwelt zur rechtlichen Verpflichtung macht. Die privilegierten Beziehungen aufgrund des FHA hätten die Abhängigkeit von China vergrössert. Demgegenüber sei es angezeigt, wichtige Produktionskapazitäten, beispielsweise für Solarpanels, nach Europa zurückzuholen.

Damian Müller, Luzerner Ständerat, ging ebenfalls von negativen Entwicklungen aus. Das chinesische Regime sei wieder autoritärer geworden, der Aufstieg zu einer wirtschaftlichen und technologischen Weltmacht werde als Gefahr gesehen. Über politische Folgerungen äusserte sich der liberale Politiker aber vorsichtiger, oft in Form von Fragen – einfache Antworten gebe es keine. Die Strategie des Bundesrats schien er für tauglich zu halten. Priorität habe die Wiederaufnahme des (seit Juni 2018 unterbrochenen) Menschenrechtsdialogs. Nichts zu sagen, sei nicht die Politik der Schweiz. Die Unternehmen hätten ihrerseits die Reputationsrisiken zu bedenken, doch könne das Problem nicht einfach an sie weitergereicht werden. Auch nach Müllers Ansicht sollte die Schweiz «Ankerpunkte» für ein Zusammengehen mit der EU suchen. Ebenso deutete er an, dass die westlichen Mächte die Schweiz unter Druck setzen könnten, sollte sie allzu unabhängig zu handeln versuchen.

Markus Herrmann, China-Experte bei einer Beratungsfirma und Mitglied des Vorstands von foraus, machte darauf aufmerksam, dass die Abhängigkeit von der asiatischen Industriemacht erheblich grösser sei, als es die Handelsstatistiken zeigten, da China als Zentrum wichtiger Wertschöpfungsketten fungiere, deren Weg in die Schweiz zum Beispiel über Deutschland führe. Indessen hält er die Strategie des Bundesrats, die auf die Pflege vielfältiger Beziehungen statt auf Konfrontation setzt, für «realistisch». Schon die Forderung (auch der eidgenössischen Räte) nach einer Kontrolle ausländischer Investitionen stosse auf Widerstand. Im China-Strategiepapier werde nicht einmal das «level playing field», ein Rahmen für fairen Wettbewerb, erwähnt (nur der Einsatz gegen Diskriminierungen). Die Schweiz sollte zwar gezielt Position beziehen wie etwa zu Pekings Politik in

Hongkong; aber es wäre verständlich, wenn sie sich den nur knapp zustande gekommenen Sanktionen der EU nicht anschliessen würde.

Dialog braucht Druckmittel

In einem Workshop, in dem Interessenvertreter kaum präsent waren, dominierten die Stimmen zugunsten einer härteren Chinapolitik. Nur vereinzelt wurde eingewendet, die Rolle der Schweiz sei es, am Tisch zu sitzen. Demgegenüber hielt etwa Thomas Cottier fest, im Dialog werde man nicht ernstgenommen, wenn man nicht notfalls zum Beispiel Importverbote androhen könne. Es sei heuchlerisch, über das heutige China milder zu reden als seinerzeit über die Sowjetunion, meinte Gilbert Casarus. Die Voten der beiden Professoren ergänzte der frühere Diplomat Daniel Woker mit der Einschätzung, dass schlicht die Risiken für die Wirtschaft die Chancen überwögen. Zudem habe sich die Schweiz gegen aggressives Verhalten von China und dessen «Wolfsdiplomatie» vorzusehen.

Ein Alleingang – dies schien Konsens zu sein – ist dabei unmöglich, vom «Mythos Neutralität», hiess es, sei Abschied zu nehmen. Was die Instrumente betrifft, so wird angenommen, dass ein allgemein geltendes Lieferkettengesetz weniger harsche Reaktionen Pekings hervorrufen würde als direkte Handelsrestriktionen. Auch gegenüber Ländern des globalen Südens, die China in seinen Machtbereich zieht, bedürfe es einer klaren und konzertierten Politik, rief ein langjähriger Praktiker in Erinnerung und nannte als Bezugsrahmen die Uno-Ziele nachhaltiger Entwicklung.